

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell  
Die Woche im Bundestag*

11.09.2020

## **Unser Gestaltungsanspruch für die Zukunft**

Für Frau Prof. Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach erstreckt sich das Vertrauen der Bürger in die CDU/CSU auch auf die Zukunfts-kompetenz. Der Union wird – vor allen anderen Parteien – am ehesten zugetraut, die richtigen Ideen für [Deutschlands Zukunft](#) zu entwickeln. Entsprechend haben wir in der CDU/CSU-Fraktionsklausur am 2. September, die die [Modernisierung Deutschlands](#) in den Mittelpunkt unserer traditionellen Herbstklausur gestellt hat, ein Thema, das den Nerv der Zeit trifft. In einem Maßnahmenpapier, das bei dieser Tagung unter dem Motto „[Jetzt. Zukunft](#)“ verabschiedet worden ist, wird eine Digitalisierungsoffensive in Bildung und Verwaltung, die Stärkung des Gesundheitswesens, mehr Personal und Kompetenzen im Kampf gegen Kriminalität und Extremismus sowie die Konsolidierung des Haushalts gefordert. Denn nur unter diesen Bedingungen können Wohlstand und Sicherheit auch morgen für alle Menschen in Deutschland gewährleistet werden.

Im Bundestag haben wir in dieser Sitzungswoche das [Investitionsbeschleunigungsgesetz](#) beraten, das für klare Prioritäten und schnelle Investitionsentscheidungen sorgen wird. Vor allem bei Infrastrukturvorhaben im Verkehrsbereich wollen wir für mehr Tempo sorgen. Die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel sollen so schnell wie möglich genutzt, die Infrastrukturprojekte rasch umgesetzt werden. Der in erster Lesung beratene Gesetzentwurf knüpft thematisch an drei Gesetze zur Planungsbeschleunigung an, die bereits in dieser Legislaturperiode verabschiedet wurden. Mit diesen Gesetzen sind wichtige Voraussetzungen geschaffen worden, um Investitionen schneller

und effektiver realisieren zu können. Um weitere Beschleunigungspotenziale zu heben sind u.a. Vereinfachungen im Raumordnungsrecht und bei der Genehmigung der Elektrifizierung von Schienenstrecken sowie Maßnahmen zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren vorgesehen. Klare Prioritäten und schnelle Investitionsentscheidungen sind die Grundlage für sichere Arbeitsplätze und einen leistungsfähiges Land. Mit dem Gesetz werden der Investitionsstandort Deutschland und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Außerdem ist es ein gutes Signal für die Energiewende, denn es sorgt zum einen für klimafreundliche Mobilität, zum anderen für den schnelleren Bau von Windenergieanlagen an Land. Damit haben wir unseren politischen Gestaltungsanspruch für die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus eindrucksvoll untermauert. <https://www.cducusu.de/themen/unionsthemen-treffen-nerv-der-zeit>

Allen Polizistinnen und Polizisten sei an dieser Stelle für ihren Einsatz in Berlin in der vergangenen Woche gedankt. Ihr großer persönlicher Einsatz war vorbildlich und verdient unser aller Respekt! Demonstrations- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut, gerade in Pandemie-Zeiten. Gleiches gilt allerdings auch für den Schutz des Parlaments und unsere Unabhängigkeit als Volksvertreter. Solche Angriffe auf unseren Rechtsstaat werden wir nicht dulden – egal ob von rechts, von links wie aktuell in Leipzig oder aus welchen Gründen auch immer.

## Bei Ausgabewünschen Maß halten

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" hat jetzt seine Prognose der Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und EU vorgelegt. Dazu äußert sich Eckhardt Rehberg, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wie folgt: „Die Haushaltslage des Bundes bleibt angespannt. Die Steuereinnahmen des Bundes gehen Corona-bedingt noch weiter zurück. Noch nicht berücksichtigt sind in der Steuerschätzung die Kindergelderhöhung um 15 Euro pro Monat und die Entlastungen bei der Einkommensteuer ab 2021. Sie werden das Steueraufkommen weiter verringern. Das Umsatzaufkommen des Bundes schrumpft weiter, weil der Bund immer größere Anteile an die Länder und Kommunen abgibt. Für den Bundeshaushalt bedeutet dies: Wir müssen auch im nächsten Jahr eine hohe Neuverschuldung verkraften. Steuererhöhungen und Sparprogramme verbieten sich in dieser unsicheren wirtschaftlichen Lage. Aber: Die Ausnahme von der Schuldenbremse darf nicht zum Dauerzustand werden. Wir müssen für die Folgejahre Maß halten und auf immer neue Ausgabewünsche verzichten. Wenn die Krise vorbei ist, müssen wir Ausgaben und Einnahmen schleunigst wieder in Einklang bringen. Der Bund wird erst 2023 das Steueraufkommen von 2019 wieder erreicht haben, die Länder und Kommunen bereits 2021. Über die bereits zugesagten Hilfen hinaus darf es keine weitere Verschiebung des Steueraufkommens an die Länder und Kommunen mehr geben. Der Anteil des Bundes am Steueraufkommen darf nicht weiter sinken, wenn der Bund seine eigenen Aufgaben solide finanzieren will.“

## Entlastungen für Familien und Steuerzahler

Die aktuelle Steuerschätzung fällt wegen Corona zwar schlecht aus, trotzdem soll es im kommenden Jahr Entlastungen geben, besonders für Familien. Das war lange geplant. Der Bundestag hat nun zum ersten Mal über die entsprechenden Gesetze beraten. Trotz großer Belastungen für die Staatskasse durch die Corona-Krise sollen Familien und Steuerzahler im kommenden Jahr finanziell wie geplant entlastet werden. Am Donnerstag hat der Bundestag zum ersten Mal über das sogenannte Familienentlastungsgesetz beraten. Es sieht eine Erhöhung des Kindergeldes ab Januar um 15 auf 219 für das erste und zweite Kind vor. Zudem sind höhere Freibeträge zur steuerlichen Entlastung geplant. Man gebe erhebliche Steuereinnahmen an die Bürger zurück, trotz der Corona-Situation, sagte die CDU-Politikerin Antje Tillmann in der Debatte. Union und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag zum Beginn ihrer Regierungszeit eine Erhöhung des Kindergeldes von insgesamt 25 Euro vereinbart. Die erste Anhebung um 10 Euro gab es im Juli 2019, zum 1. Januar 2021 kommen nun noch einmal 15 Euro hinzu. Für das dritte Kind steigt das Kindergeld damit auf

225 und für das vierte und jede weitere Kind auf 250 Euro. Parallel dazu werden dem Gesetzentwurf zufolge Familien mit höheren Einkommen, die nicht vom Kindergeld profitieren, steuerlich entlastet. Der sogenannte Kinderfreibetrag steigt um mehr als 500 Euro auf insgesamt 8 388 Euro. Dieser Teil des Einkommens wird nicht besteuert. Steigen soll außerdem der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer von 9 408 Euro auf 9 696 Euro, wovon wiederum alle Einkommen profitieren. Dabei handelt es sich ebenfalls um einen Teil des Einkommens, auf den keine Steuern fällig werden. Der Bund der Steuerzahler hatte die Pläne gelobt. Diese wirkten sich Anfang 2021 positiv auf das Portemonnaie der Bürger aus. Ein kinderloser Single mit 40.000 Euro Jahreseinkommen käme laut Steuerzahlerbund auf eine Steuerersparnis von rund 100 Euro im Jahr. Eine Familie mit einem Alleinverdiener mit 60.000 Euro und zwei Kindern hätte auf Jahr gerechnet 360 Euro mehr Kindergeld und eine Steuerersparnis von 156 Euro. Nach den Beratungen im Bundestag müssen die Änderungen noch durch den Bundesrat. (dpa)

## Medien- und Informationskompetenz

Die Plattform „[Participation Resource Pool](#)“ des europäischen Jugendnetzwerkes SALTO informiert über aktuelle Trends in der Jugendbeteiligung und der Medien- und Informationskompetenz. Kostenlos bereitgestellt werden Schulungsmaterialien, Trainingsangebote, Studien und Best-Practice-Beispiele, die sich mit digitaler Bildung, Menschenrechten sowie Umgang mit Desinformation, Fake-News und Hassreden befassen. Die Plattform richtet sich an Trainer, Jugendarbeiter, Pädagogen und an alle anderen in der Jugendarbeit tätigen Personen. Ziel ist es, das Verständnis unterschiedlicher Teilhabemöglichkeiten für junge Menschen sowie kritisches Denken und Medienkompetenzen zu fördern. So soll die Qualität der Jugendbeteiligung verbessert werden. In Deutschland beteiligt sich die nationale Agentur JUGEND für Europa an dem Projekt.

## Zitate

„Das Virus ist der Spielverderber, nicht ich.“ (Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU, am 4.9.2020 in Berlin über seine Mahnungen zu Vorsicht und Risikovermeidung bei Feiern und Festen zum Schutz vor dem Corona-Virus. dpa)

„Wir sollten jetzt nicht unter dem Druck von einigen lautstarken Demonstranten aus der rechten Szene und Verschwörungstheoretikern die gesamte Strategie revidieren, um die uns die ganze Welt beneidet.“ (Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat es strikt abgelehnt, nun vom vorsichtigen Anti-Corona-Kurs abzurücken)